

## ***Redemanuskript Markus Pflüger AGF/DFG-VK Trier zur Kundgebung Antikriegstag am Sa 5.9.20 Porta Nigra, es gilt das gesprochene Wort***

Seit 1959 gehen wir Friedensgruppen und Gewerkschaften unter dem Motto „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ jährlich zum 1. September, dem Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen 1939, für eine friedliche Welt auf die Straße. Damit erinnern wir an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus.

Und wir wollen dass dies auch heute Konsequenzen hat: Abrüstung und die stärkere Förderung der zivile Konfliktbearbeitung sowie das Engagement gegen die neue Rechte und mehr Demokratie.

Denn neben den Gefahren durch Krieg und Rüstung geht es auch um die Gefährdung der Demokratie durch das Wiedererstarken von Nationalismus und Rassismus.

Deswegen auch eine Bemerkung zu den Demos letztes Wochenende: ich finde es unerträglich was da in Berlin unter dem Deckmantel der Kritik an Coronamaßnahmen zusammen demonstrierte und ich habe keinerlei Verständnis dafür, wenn Menschen sich nicht klar von Rechts, von Reichsbürgern, AfD und anderen Nazis abgrenzen. So hat für mich bei sowas auch keine Friedensfahne irgendwas zu suchen, - und leider sind es nicht nur Rechte die solche Symbole missbrauchen, es sind auch vom Weg abgekommene, die sich der Friedensbewegung zuordnen. Das geht gar nicht. Allein auf Gegendemos gegen solche Coronarebellen wie sie hier in Trier von der Antifa und Bunttes Trier seit Wochen tapfer veranstaltet werden oder gestern auch mit Kundgebung und Lichterkette von einem breiten Bündnis, wenn dann haben da Friedens-Symbole was zu suchen.

**Es gilt klare Kante gegen Faschismus, gegen jeden Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft und gegen antisemitische Verschwörungstheorien zu zeigen.**

Damit grüße ich auch solidarisch die AntifaschistInnen in Idar Oberstein die heute gegen den AfD-Landesparteitag demonstrieren. Die AfD ist der parlamentarische Arm der neuen Rechten, eine Partei, die mit ihrer enthemmten und entmenschlichten Sprache und Agenda nicht nur die Axt an unsere demokratische und offene Gesellschaft legt, sondern auch Taten wie in Halle oder Hanau erst ermöglicht hat. **Nein zur AfD, Solidarität statt rechte Hetze!**

**Was ist friedenspolitisch gerade noch alles auf der Agenda?**

Erstes Thema: Das Ziel 2% des BIP für Rüstung und Militär wird von einer großen Mehrheit im Bundestag befürwortet. Nicht nur die Linke, auch andere dem Frieden verpflichtete Abgeordnete gerade bei den Grünen und der SPD sind aufgefordert sich von diesen NATO-Vorgaben zu lösen und ihrem Gewissen statt der Rüstungslobby und den NATO-Hardlinern zu folgen.

Auch die deutschen und europäischen Konjunktur-Corona-Programme sollten kein weiteres Geld für Aufrüstung beinhalten.

Übrigens dieses 2% Ziel ist eine beliebige Zahl und Deutschland kann sie zurückweisen. **Unsere Forderung: statt 2% für Rüstung - das Geld für Klimaschutz und Soziales verwenden!**

Weiteres Thema Drohnenbewaffnung: Nach einer Scheindebatte soll jetzt die Bewaffnung der Bundeswehr-Drohnen, die von Israel geleast wurden, im Herbst mit Stimmen der großen Koalition beschlossen werden. Bisher war die SPD aus guten Gründen dagegen, dabei sollte es auch bleiben, damit Deutschland nicht noch tiefer im völkerrechtswidrigen Drohnensumpf versinkt. Drohneneinsätze sind völkerrechtlich hoch problematisch, sie widersprechen nicht nur rechtsstaatlichen Prinzipien, sie fordern fast immer zusätzliche zivile Opfer und heizen die Terrorismusspirale an.

Drittes Thema: Der Teilabzug von US-Truppen aus Deutschland entpuppt sich als Umgruppierung zum effektiveren Einsatz: Umzüge nach Polen oder Italien und zum NATO- Hauptquartier in Brüssel sind leider keine richtige Abzüge. Zudem wird damit die NATO-Russland-Vereinbarung konterkariert. US-Truppen stehen letztendlich dauerhaft, wenn auch wechselnd in Polen, Das ist eine eklatante Verletzung eines völkerrechtlichen Vertrages.

Deswegen reden wir von Konversion – die zivile Umwandlung von Liegenschaften und Produktion, von Dienstleistung und wirtschaftlicher Ausrichtung, das wäre ein sinnvolle Antwort auf die Abzugspläne, die wir zwar begrüßen um unerträglichen Lärm, immense Abgasmengen sowie giftige Emissionen auch ins Wasser zu reduzieren. Jeder Absturz zeigt wieviel Zerstörungsgewalt und Verseuchungsgefahr von solchen Kriegsmaschinen ausgeht. Damit ein Truppenabzug friedenspolitisch ein wirklicher Gewinn ist, wäre ein kompletter Abzug zurück in die USA und Konversionsprogramme für alle Regionen um Militärstandorte wie Spangdahlem angesagt. Die einseitige Wirtschaftsausrichtung aufs Militär muss endlich beendet werden und Natur, Tourismus und erneuerbaren Energien Platz machen. **Wir wünschen uns daher: Vierz statt Flieger!**

Viertes Thema ist, dass die NATO plant alle Militär-Manöver, die Corona bedingt verkleinert wurden, im Jahr 2021 nachzuholen. Defender 2021 wird so die nächste NATO-Provokation gegen Russland und der Militäraufmarsch wird der demokratischen Opposition dort Null helfen, um sie gegen die Unterdrückung und die Repressionen der Putin-Autokratie zu stärken. Zu recht erinnert eine ganze Politikergeneration aus alten SPD, FDP und auch CDUlern an eine wieder dringend notwendige Entspannungspolitik.

Die Gefahr eines Atomkriegs hat Elke Koller beschrieben, wir sammeln hier am Infotisch Unterschriften damit Deutschland endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Unser Mitglied Prof. Karl Hans Bläsius mahnt eindringlich vor der zunehmenden Gefahr eines Atomkrieges aus Versehen, es ist Ernst und wird durch alle Krisen wie auch den Klimawandel immer ernster. **Danke allen die sich schon für den Verbotsvertrag einsetzen, wir müssen dran bleiben!**

Zur aktuellen Sicherheits-Politik gehört schließlich noch die offensive Bundeswehrwerbung besonders um Schulen und im Netz, auch um schon 17jährige zu rekrutieren. Das widerspricht dem Geist der UN-Kinderschutzkonvention und verharmlost das Soldatensein als sicheren Job ohne ein Wort über fragwürdige Auslandseinsätze. Und die innere Militarisation schreitet durch die Pläne der Verteidigungsministerin für den „Freiwilligen Wehrdienst Heimatschutz“ als weiteres Sammelbecken auch für Rechtsradikale weiter voran. Mein Bruder T.P. ist bei der Informationsstelle Militarisation und jetzt auch im Bundestag schon sehr lange am Thema rechte Netzwerke bei der Bundeswehr und besonders beim Kommando Spezialkräfte dran - und was er berichtet, zeigt es sehr grundsätzliche strukturelle Probleme sind, die die Bundeswehr schon immer hat und noch lange nicht beseitigt hat. Und da vieles dem autoritären System Armee grundsätzlich innewohnende Demokratiewidersprüche sind - auch nicht komplett beseitigen kann. Die Hausdurchsuchung bei seinem Mitarbeiter sollte einschüchtern, für mich ist sie Bestätigung und zugleich Aufforderung den Finger noch stärker in diese rechte Wunde der Bundeswehr zu legen.

Unser Protest gegen die wahnwitzige Aufrüstung, die Konfrontations- und Kriegspolitik muss wieder hörbarer werden: „Abrüsten statt aufrüsten“ ist unsere Forderung und eine Unterschriftenkampagne, die wir ebenso unterstützen wie die IPPNW-Forderung „Geld für Gesundheit statt Rüstung.“

Die Friedensfrage muss neben dem Klimaschutz und dem Kampf gegen Rechts wieder stärker in den Fokus. **Denn "der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts."**

**Danke.**

\* [Willy Brandt in seiner Rede zum 100-jährigen Bestehen des Verlages J.H.W. Dietz Nachf. in Bonn, 3. November 1981](#)